

Medienmitteilung vom 7. März 2012

Bundesverwaltungsgericht bestätigt Grüne

Mit Befriedigung haben die Grünen den Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts zum Weiterbetrieb des AKW Mühleberg zur Kenntnis genommen. Der Regierungsrat und die BKW sind jetzt gefordert, sofort ein Ausstiegsszenario für das AKW Mühleberg und eine Strategie für die Umstellung auf eine erneuerbare Energieversorgung vorzulegen.

Die Grünen Kanton Bern nehmen den Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts zum Weiterbetrieb des AKW Mühleberg mit Befriedigung und Erleichterung zur Kenntnis. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigt sämtliche Vorbehalte, welche die Grünen seit Jahren gegenüber der Sicherheit und dem Weiterbetrieb des AKW Mühleberg vorgebracht haben. Aus genau diesen Überlegungen hatten sich die Grünen von Anbeginn weg mit einer breit angelegten Kampagne gegen die Erteilung einer unbefristeten Betriebsbewilligung an das AKW Mühleberg ausgesprochen und die rasche Stilllegung des Uraltreaktors gefordert.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts stellt den Bundesbehörden – namentlich dem ENSI, aber auch dem UVEK – ein denkbar schlechtes Zeugnis aus. Es ist unverständlich, dass sich diese Behörden bei der Gewährung der unbefristeten Betriebsbewilligung über sämtliche offenen Sicherheitsaspekte hinweggesetzt haben.

Gefordert sind nun aber in erster Linie die BKW und der Regierungsrat. Trotz der offenkundigen Sicherheitsmängel am AKW Mühleberg und dem mittlerweile klar vorgeplanten Ausstieg aus der Atomenergie hat es die BKW sträflich verpasst, ein Ausstiegsszenario und eine Strategie für die Umstellung auf eine erneuerbare Energieversorgung vorzunehmen. Dies ist nicht nur in energiepolitischer Hinsicht ein Fehler, sondern ebenso aus betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Perspektive – die massiven Kursverluste der BKW unterstreichen dies.

Die Grünen erwarten, dass der Regierungsrat des Kantons Bern die BKW in die Pflicht nimmt und ein rasches Ausstiegsszenario für Mühleberg vorlegt. Parallel dazu muss die BKW aufzeigen, wie sie die Neuausrichtung auf eine erneuerbare Energieversorgung vornehmen will. Und schliesslich ist es höchste Zeit für die von den Grünen seit langem geforderte Umbesetzung der Konzernspitze der BKW sowie die Ergänzung des Verwaltungsrates mit Expertinnen und Experten für eine erneuerbare Energieversorgung.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Grossrat, Präsident Grüne Kanton Bern, Tel. 079 263 47 68